



Hochschule **RheinMain**
University of Applied Sciences
Wiesbaden Rüsselsheim

AMTLICHE MITTEILUNGEN

Datum: 03.05.2016

Nr: 403

Satzung über die Zulassung zum
Bachelor-Studiengang Versicherungs-
und Finanzwirtschaft (AIS)

Herausgeber:

Präsident
Hochschule RheinMain
Kurt-Schuhmacher-Ring 18
65197 Wiesbaden

Redaktion:

Geschäftsstelle Prüfungswesen
Tel. Nr.: 0611 9495- 1104
E-Mail: pruefungswesen@hs-rm.de

Bekanntmachung

Nach § 1 der Satzung der Hochschule RheinMain zur Bekanntmachung ihrer Satzungen vom 04.06.2013 (StAnz. vom 29.07.2013, S. 929) wird die Satzung über die Zulassung für den Bachelor-Studiengang Versicherungs- und Finanzwirtschaft (AIS) des Fachbereichs Wiesbaden Business School der Hochschule RheinMain hiermit bekannt gegeben.

Vorbemerkung

Zur Ergänzung der Regelungen der Prüfungsordnung des Bachelor-Studienganges Versicherungs- und Finanzwirtschaft (AIS) hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Wiesbaden Business School der Hochschule RheinMain gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) in der Fassung vom 14.12.2009 (GVBl. I S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30.11.2015 (GVBl. S. 510) am 12.04.2016 folgende Satzung beschlossen. Sie wurde in der 139. Sitzung des Senats der Hochschule RheinMain am 03.05.2016 beschlossen und vom Präsidium am 03.05.2016 gem. § 37 Abs. 5 HHG genehmigt.

Allgemeine Bestimmungen für die
Zulassung zu Bachelor-Studiengängen
der Hochschule RheinMain

Besondere Bestimmungen für die
Zulassung zum Bachelor-Studiengang
Versicherungs- und Finanzwirtschaft
(AIS) des Fachbereichs Wiesbaden
Business School der Hochschule
RheinMain

Inhalt

§ 1 Bewerbung und Zulassung	1
§ 2 Empfehlung zur Zulassung	3
§ 3 Zulassung unter Vorbehalt	4
§ 4 Vorpraxis	5
§ 5 Sprachkenntnisse	6
§ 6 Weitere fachbezogene Voraussetzungen	7
§ 7 In-Kraft-Treten	8

§ 1 Bewerbung und Zulassung

(1) Die Zulassung zum Studium erfordert eine Hochschulzugangsberechtigung gemäß § 54 HHG sowie eine frist- und formgerechte Bewerbung entsprechend der zum Bewerbungszeitpunkt gültigen Bewerbungsvorschriften. Die jeweils gültigen Vorschriften sind dem Internetangebot der Hochschule (www.hs-rm.de/studienangebot) zu entnehmen.

(2) Für die Zulassung in ein höheres Fachsemester gelten bei der Anrechnung bzw. Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen und außerhochschulisch erworbenen Kompetenzen die Regelungen von Ziffer 2.3 der Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen der Bachelor-Studiengänge (ABPO-Bachelor) der Hochschule RheinMain in ihrer jeweils gültigen Fassung sowie der Satzung der Hochschule RheinMain zur Anerkennung von Studienabschlüssen, Studien und Prüfungsleistungen und Außerhochschulisch erworbenen Kompetenzen – Anerkennungssatzung – in ihrer jeweils gültigen Fassung.

(3) Die Besonderen Bestimmungen für die Zulassung können vorsehen, dass zusätzlich zu der Hochschulzugangsberechtigung noch weitere, in den §§ 4-6 dieser Satzung näher zu erläuternde Nachweise erbracht werden müssen.

(4) Bei zulassungsbeschränkten Studiengängen richtet sich das Zulassungsver-

(3) Für die Zulassung ist ein Ausbildungsvertrag zwischen Bewerberin bzw. Bewerber und einem Ausbildungsunternehmen vorzulegen. Näheres regelt § 6 dieser Satzung.

fahren nach den Vorschriften der Vergabeordnung Hessen in ihrer jeweils gültigen Fassung.

(5) Über die Zulassung entscheidet die Präsidentin/der Präsident.

§ 2 Empfehlung zur Zulassung

(1) Von den Dekanaten kann für jeden Bachelor-Studiengang ein Zulassungsausschuss eingerichtet werden. Erfolgt eine solche Einrichtung nicht, nimmt der jeweilige Prüfungsausschuss die Aufgaben des Zulassungsausschusses wahr.

(2) Auf der Grundlage der vorgelegten Bewerbungsunterlagen und Nachweise der geforderten Voraussetzungen spricht der Zulassungsausschuss eine Empfehlung über die Zulassung zum Studium aus.

(3) Der Zulassungsausschuss führt das Auswahlverfahren durch und entscheidet aufgrund eigener Sachkunde und nach pflichtgemäßem Ermessen. Dabei erfolgt kein schematischer Vergleich der Bewerberinnen und Bewerber. Die Ergebnisse des Auswahlverfahrens werden unverzüglich an die Präsidentin/den Präsidenten weitergeleitet.

§ 3 Zulassung unter Vorbehalt

(1) Die Zulassungsvoraussetzungen müssen vor der Immatrikulation erfüllt sein. Die Besonderen Bestimmungen für die Zulassung können vorsehen, dass eine Immatrikulation unter dem Vorbehalt erfolgen kann, dass die erforderlichen Nachweise innerhalb einer im Einzelfall festzulegenden Frist, spätestens bis zum Ablauf des zweiten Semesters erbracht werden.

(2) Soweit eine Zulassung unter Vorbehalt vorgesehen ist, erlischt die Zulassung rückwirkend, wenn die Unterlagen oder Nachweise nicht bis zum festgelegten Zeitpunkt nachgereicht werden.

(1) Eine Zulassung unter Vorbehalt ist nicht vorgesehen.

§ 4 Vorpraxis

(1) Die Besonderen Bestimmungen für die Zulassung können vorsehen, dass zusätzlich zur Hochschulzugangsberechtigung für die Zulassung der Nachweis über eine Vorpraxis zu erbringen ist.

(2) Soweit eine Vorpraxis nachzuweisen ist, regeln die Besonderen Bestimmungen für die Zulassung 1. Ziel bzw. Zweck der Vorpraxis; 2. Dauer der Vorpraxis; 3. den Zeitpunkt, bis zu welchem die Vorpraxis nachgewiesen werden muss; 4. sonstige Voraussetzungen für die Anerkennung der Vorpraxis.

(3) Die Besonderen Bestimmungen für die Zulassung können auch eine Vorpraxis im Ausland vorsehen.

(4) Eine einschlägige berufliche Tätigkeit kann angerechnet werden.

(1) Eine Vorpraxis ist nicht vorgesehen.

§ 5 Sprachkenntnisse

(1) Die Besonderen Bestimmungen für die Zulassung können vorsehen, dass zusätzlich zur Hochschulzugangsberechtigung für die Zulassung der Nachweis über bestimmte Fremdsprachenkenntnisse zu erbringen ist.

(2) Soweit der Nachweis bestimmter Fremdsprachenkenntnisse erforderlich ist, regeln die Besonderen Bestimmungen für die Zulassung insbesondere Art und Umfang der nachzuweisenden Fremdsprachenkenntnisse, die Art und Weise, in der der Nachweis zu erbringen ist und den Zeitpunkt, zu welchem die Fremdsprachenkenntnisse nachgewiesen werden müssen.

(3) Ausländische Bewerberinnen und Bewerber müssen ausreichende deutsche Sprachkenntnisse für ein Hochschulstudium nachweisen. Die Anerkennung dieser sprachlichen Befähigungsnachweise erfolgt durch die jeweils zuständige Stelle der Hochschule RheinMain. Die Besonderen Bestimmungen für die Zulassung können für Studiengänge, in denen die Unterrichtssprache nicht Deutsch ist, abweichende Regelungen vorsehen.

(1) Der Nachweis bestimmter Fremdsprachenkenntnisse ist nicht erforderlich.

§ 6 Weitere fachbezogene Voraussetzungen

(1) Die Besonderen Bestimmungen für die Zulassung können die Zulassung zum Studium vom Nachweis weiterer besonderer studiengangsspezifischer Voraussetzungen abhängig machen.

(2) Soweit der Nachweis weiterer Voraussetzungen erforderlich ist, regeln die Besonderen Bestimmungen für die Zulassung insbesondere die Art der Anforderungen, den Gesamtumfang sowie den Zeitpunkt, in welchem der Nachweis erfolgen muss.

(1) Studiengangsspezifische Zugangsvoraussetzung ist ein mit einem kooperierenden Unternehmen geschlossener Ausbildungsvertrag.

Kooperierende Unternehmen im Sinne dieser Ordnung sind Unternehmen der Finanzdienstleistungsbranche, die mit der Hochschule RheinMain, dem Berufsbildungswerk der Versicherungswirtschaft Rhein-Main e. V. und der zuständigen Industrie- und Handelskammer Kooperationsvereinbarungen geschlossen haben, die die Zusammenarbeit im Sinne eines ausbildungsintegrierten Studiums regeln.

(2) Der Nachweis muss zum Bewerbungszeitpunkt vorliegen.

§ 7 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt mit der Veröffentlichung in den Amtlichen Mitteilungen der Hochschule RheinMain rückwirkend zum 01.05.2016 in Kraft und gilt erstmalig für Einschreibungen zum Wintersemester 2016/2017.

Wiesbaden, den 03.05.2016

Prof. Dr. Patrick Griesar
Dekan/in des Fachbereich Wiesbaden
Business School

Prof. Dr. MSc. Christiane Jost
Vizepräsident/in der Hochschule
RheinMain